

## Kommunale Jobcenter die Ausnahme

Karlsruhe. Hartz-IV-Empfänger werden auch in Zukunft hauptsächlich von der Bundesagentur für Arbeit und den Kommunen gemeinsam betreut. Das ergibt sich aus einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Die Richter wiesen eine Klage von 15 Landkreisen und der Stadt Leverkusen größtenteils ab. Damit wollten sich die Kläger vor allem die Betreuung von Langzeitarbeitslosen ohne Arbeitsagentur erstreiten. (Az: 2 BvR 1641/11)

Die Richter sehen in ihrem gestern gesprochenen Urteil mit der geltenden Rechtslage grundsätzlich kein Verfassungsrecht verletzt. Demzufolge muss es kein neues Zulassungsverfahren für kommunale Jobcenter geben. Die bundesweit 440 Jobcenter werden also weiter hauptsächlich von Arbeitsagenturen und Kommunen betrieben. Eine Ausnahme bilden die insgesamt 108 kommunalen Jobcenter, in denen Landkreise und Städte Langzeitarbeitslose betreuen.

Die meisten der Kläger wollten das auch, davon versprochen sie sich eine effektivere Vermittlung der Langzeitarbeitslosen.

Sie hatten sich 2011 beworben, wurden aber nicht ausgewählt, weil es wesentlich mehr Bewerber als Plätze gab. Sie sahen sich dadurch in ihren kommunalen Rechten verletzt und klagten daraufhin beim Bundesverfassungsgericht. **dpa**

## Kritik an Regierung in Hongkong

Hongkong. Trotz massiver Differenzen wollen Regierung und Studenten in Hongkong am Freitag ihren Dialog aufnehmen. Bei einem dritten Vorbereitungstreffen gestern zeigten sich sofort die gegensätzlichen Positionen.

Der Studentenverband kritisierte enttäuscht die Themenvorschläge der Regierung. Dennoch seien die Studenten daran interessiert, die Gespräche zu beginnen, um Lösungen für die bislang größte politische Krise in der chinesischen Sonderverwaltungsregion zu finden, sagte Studentenfürher Lester Shum vor Journalisten.

Shum warf der Regierung „mangelnde Ernsthaftigkeit“ angesichts der politischen Probleme und der Unzufriedenheit in Hongkong vor, die sich in den Straßen zeige. Er drohte mit einem Abbruch der Gespräche. **dpa**

## Hilfe für Gaza-Flüchtlinge

Berlin. Die Bundesregierung stockt ihre Hilfe für Flüchtlinge aus dem Gaza-Streifen auf. Außenminister Frank-Walter Steinmeier versprach dem Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) weitere zwei Millionen Euro. „Wer die letzten Bilder von Gaza gesehen hat, weiß, wie dringend die Menschen Hilfe benötigen“, sagte Steinmeier gestern in Berlin. Am Sonntag findet in Kairo eine große internationale Wiederaufbau-Konferenz für den Gaza-Streifen statt, bei der auch Deutschland dabei ist. **dpa**



# Kobane droht zu fallen

Von Can Meray

Istanbul. Die türkischen Soldaten an der syrischen Grenze können die schwarze Flagge der Terrormiliz IS über dem Ortsrand von Kobane wehen sehen. Und sie hören die Explosionen aus der Stadt, in der die kurdischen Volksschutzeinheiten immer weiter zurückgedrängt werden. Bald dürften die Dschihadisten auch in Kobane an der Grenze stehen, wie bereits östlich und westlich des Kampfgebiets. Die türkische Armee – die zweitgrößte der Nato – greift trotzdem nicht ein. Die Regierung in Ankara scheint in alten Denkmustern gefangen, in denen kurdische Separatisten traditionell der größte Feind sind.

Je weiter der IS vorrückte, desto mehr wuchs der Druck auf die Regierung in Ankara, sich dem internationalen Kampf gegen die Terrormiliz anzuschließen. Am vergangenen Donnerstag ließ sich die Regierung vom Parlament das Mandat dafür geben, militärisch gegen Terroristen in Syrien und im Irak vorzugehen. Allerdings hob Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan erst gestern wieder hervor, dass er darunter auch die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK versteht: „So, wie die Türkei gegen die Terrororganisation Isis (IS) ist, so ist sie auch gegen die Terrororganisation PKK.“

Die Lage in Kobane stellt die Türkei vor ein Dilemma. Zwar pflegt Ankara enge Be-

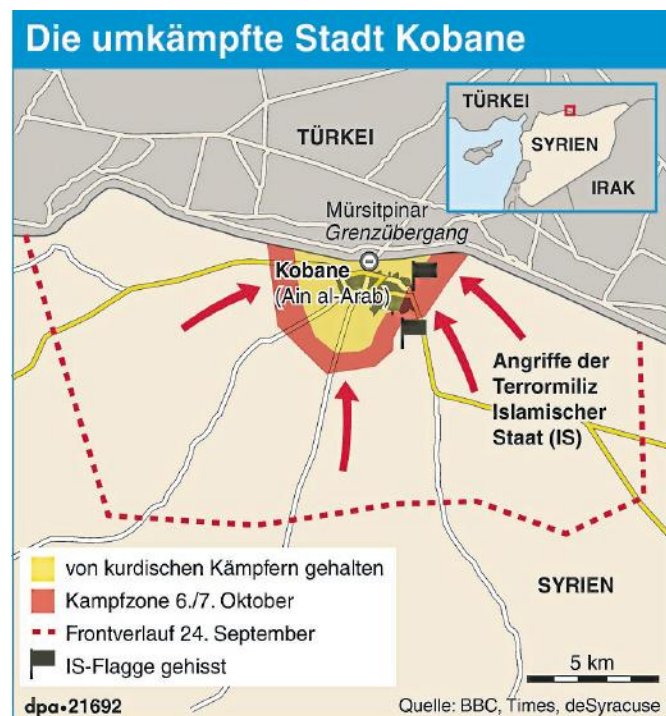
Direkt an der türkischen Grenze steht die Terrormiliz IS vor der Einnahme der syrischen Stadt Kobane. Die Regierung in Ankara hat ein Mandat, um Soldaten zu schicken – tut es aber nicht.

ziehungen zur kurdischen Autonomieregierung im Nordirak. Das gilt aber nicht für die Kurden in Syrien. Die kurdischen Volksschutzeinheiten, die sich dem IS in Kobane entgegenstellen und de facto die Grenze zur Türkei verteidigen, sind eng mit der PKK verbunden. Kobane

ist inzwischen zum Symbol des Widerstands der Kurden geworden. Viele von ihnen dürften sich erhofft haben, dort die Keimzelle für ein unabhängiges Kurdistan zu schaffen – dem sich irgendwann auch die türkischen Kurden anschließen könnten. Greift die Türkei in Ko-

bane nicht militärisch ein – worauf im Moment alles hindeutet –, droht nicht nur ein Massaker in der Stadt: Dann hätte der IS nach einer Eroberung auch einen langen, durchgängigen Grenzstreifen zum Nato-Partner unter Kontrolle.

Unterstützte die Türkei die Volksschutzeinheiten, trüge sie möglicherweise mittelbar zur Schaffung eines Kurdenstaates bei – womit sie aus ihrer Sicht die eigene territoriale Integrität gefährden würde. Der türkische Ministerpräsident Ahmet Davutoglu sagte den Menschen in Kobane zwar zu, „alles nur Mögliche“ zu unternehmen, um ihnen zu helfen. Darunter fällt für ihn allerdings vor allem humanitäre Hilfe für Flüchtlinge. **dpa**



## Tote bei Demo in der Türkei

Istanbul. Bei Protesten gegen die Tatenlosigkeit Ankaras angesichts der drohenden Eroberung der syrischen Kurdenstadt Kobane durch Dschihadistenmilizionäre sind drei Menschen in der Türkei getötet worden. Zwei prokurdische Demonstranten wurden in Diyarbakir bei Schusswechseln mit islamistischen Gruppen getötet, zudem starb ein Kurde in Mus bei Zusammenstößen mit der Polizei. Auch in Europa gab es in zahlreichen Städten Proteste. **AFP**

## Warum die Grenzstadt so wichtig ist

### Versorgungsrouten

Die syrischen Kurden haben den Bürgerkrieg im Land zum Aufbau eigener regionaler Machtstrukturen in den mehrheitlich von ihnen bewohnten Gebieten genutzt. Nachdem sich die Truppen des Regimes von Baschar al-Assad 2012 zurückgezogen hatten, übernahmen sie die Kontrolle und gründeten später im Norden des Landes drei „autonome Kantone“. An der türkischen Grenze kontrollierten sie wichtige Enklaven: im Nordwesten um die Stadt Afrin, im Nordosten um die Städte Hasaka und Al-Kamischli sowie im Norden um Kobane. Eine Übernahme Kobanes durch die Terrormiliz IS wäre nicht nur der Verlust einer strategisch wichtigen Versorgungsrouten, sondern auch psychologisch eine schwere Niederlage.

### Die kurdischen Kämpfer

Die etwa 5000 Milizionäre gehören vor allem den kurdischen Volksschutzein-



Bei Protesten gegen die Haltung der türkischen Staatsführung angesichts der Gefechte um die nordsyrische Stadt Kobane haben sich prokurdische Demonstranten und die Polizei in mehreren türkischen Städten gewaltsame Zusammenstöße geliefert. **Foto: AFP**

ten (YPG) an. Sie sind mit der syrisch-kurdischen Partei der Demokratischen Union (PYD) verbunden. Volksschutzeinheiten und PYD stehen der kurdischen Arbeiterpartei PKK nahe, die in der Türkei verboten ist. Im Kampf gegen den IS werden offenbar auch Selbstmordattentäter eingesetzt: Kurdische Aktivisten meldeten am Wochenende, dass eine Kämpferin mit einem Selbstmordanschlag Dutzende Extremisten getötet habe. Experten gehen davon aus,

dass PKK-Kämpfer die syrischen Kurden unterstützen. Die kurdischen Milizionäre in Syrien sind nicht zu verwechseln mit den kurdischen Peschmerga-Kämpfern, die im Irak gegen den IS im Einsatz sind.

### Die Lage der Zivilisten

Nach kurdischen Angaben ist die überwiegende Mehrheit der verbliebenen Zivilisten an die türkische Grenze in Sicherheit gebracht worden. Kobane wurde von den Volksschutzeinheiten zur

„Militärzone“ erklärt. Laut türkischer Regierung sind mehr als 185 000 Menschen in die Türkei geflohen.

### Luftangriffe auf IS

Die IS-Kämpfer passen sich schnell und geschickt an die Luftschläge an. Sie verlassen Ziele, die von den USA ins Visier genommen werden und bringen Waffen und Geiseln an neue Stützpunkte. Zudem mischen sich die Kämpfer unter die Zivilbevölkerung und lassen auch viele ihrer schwarzen Flaggen wieder verschwinden. Weil Angriffe auf die IS-Infrastruktur schwieriger werden, hat sich auch das Tempo der Luftschläge verlangsamt, sagt David Schenker vom Washington Institute for Near East Policy. Die US-Regierung hat mehrfach betont, dass der IS nicht allein aus der Luft besiegt werden kann. Dem unabhängigen US-Institut CSBA zufolge hat der Kampf bereits zwischen 620 bis 740 Millionen Euro verschlungen. **dpa**

# Flüchtlinge kaum als Menschen wahrgenommen

Pfarrer Helge Hohmann kritisiert Betreiber der Flüchtlingsunterkünfte

Schwerte/Düsseldorf. Überfüllte Schlafsäle, viele kleine Rängeleien und auch große Konflikte: In vielen Flüchtlings-Unterkünften steht es nicht gut um die Stimmung, sagt ein Experte.



Sie sind aus ihrer Heimat geflohen – und landen oft in völlig überfüllten Flüchtlingsunterkünften: Die Asylbewerber in Nordrhein-Westfalen werden nach Einschätzung des Zuwanderungsexperten der Evangelischen Landeskirche Westfalen kaum noch als Menschen wahrgenommen. Den Betreibern der Flüchtlingsunterkünfte gehe es vor allem darum, den „Deckel auf dem Kessel“ zu halten, kritisiert Pfarrer Helge Hohmann im Interview mit Katja Heins.

Was belastet die Flüchtlinge in den jeweiligen Unterkünften Ihrer Erfahrung nach am meisten?

Helge Hohmann: Dass sie nicht zur Ruhe kommen können, das ist das Schlimmste. Die Flüchtlinge haben eine lange, kräftezehrende Flucht hinter sich, werden dann noch von Ort zu Ort geschoben und müssen immer bangen, wie über ihren Asylantrag entschieden wird. Hinzu kommt die massive Präsenz der Sicherheitsleute. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Flüchtlinge aus Ländern kommen, in denen staatliche Organe eine Bedrohung darstellen. In den Heimen finden sie nun Uniformierte vor, die nicht nur den Ein- und Ausgang überwachen, sondern noch die Kleider- und Essensausgabe. Das alles dient nicht dazu, das Vertrauen zu stärken.

Sie haben neun Fachkräfte in den Erstunterkünften des Landes im Einsatz. Von welchen praktischen Problemen berichten die Kollegen?

Hohmann: Ursprünglich sind

Helge Hohmann, Landeskirchlicher Beauftragter für Zuwanderungsarbeit. **Foto: Institut für Kirche und Gesellschaft/dpa**

die Sozialarbeiter und Sozialpädagogen für die Asylverfahrensberatung da. Die Flüchtlinge sollen eigentlich drei Monate in einer zentralen Unterkunft bleiben, registriert und dann angehört werden. Aktuell werden Asylsuchende jedoch teilweise ohne Registrierung und Anhörung von einem Tag auf den anderen in die Kommunen gebracht. Die Kollegen kommen daher gar nicht zu ihrer Beratungstätigkeit. Sie müssen die Flüchtlinge vor allem beruhigen und ihnen Fragen beantworten, wie zum Beispiel: Wo ist der Rest der Familie gelandet? Was ist der nächste Schritt? Wie geht es weiter? Unsere Mitarbeiter werden extrem beansprucht, kommen kaum hinterher.

Was ist das größte Problem in den Heimen?

Hohmann: Der Flüchtling an sich wird als Massenphänomen behandelt. Es sind nicht die Kapazitäten da, sich jedem Einzelnen zuzuwenden. Das vordringlichste Ziel ist nur noch, die Obdachlosigkeit zu vermeiden. Wenn die Heime dann noch überbelegt sind, verschiedene Kulturen und Religionen aufeinanderstoßen, steigt der Stressfaktor zusätzlich. Die Konsequenz ist: Die Betreiber versuchen nur noch, den Deckel auf dem Kessel zu halten. In der Praxis darf das aber keinen Bestand haben, nur weil es gerade nicht anders zu handeln ist. **dpa**

## Spanien fürchtet weitere Infektionen Ebola-Fall in Madrid wird untersucht

Madrid. Nach der ersten Ebola-Infektion innerhalb Europas schließen die spanischen Gesundheitsbehörden weitere Fälle nicht aus. Neben einer erkrankten Madrider Pflegehelferin wurden vorsorglich drei weitere Menschen in die Quarantäne-Station eines Madrider Krankenhauses eingewiesen. Weitere rund 50 Personen aus dem Umfeld der Frau werden medizinisch überwacht.

Bei den drei weiteren Personen in Quarantäne handele es sich um den Ehemann und eine Kollegin der Pflegehelferin sowie um einen Spanier, der von einer Nigeria-Reise zurückgekehrt sei, teilte die Klinikverwaltung gestern mit. Bei ihnen sei bislang keine Ebola-Infektion festgestellt worden.

Die Pflegehelferin ist der erste Mensch, der sich innerhalb Europas mit dem gefährlichen Virus infiziert hat. Bislang hatten Experten dies angesichts der Sicherheits-

vorkehrungen in Ländern wie Spanien oder auch Deutschland stets als äußerst unwahrscheinlich eingeschätzt.

„Die Wahrscheinlichkeit weiterer Infektionen ist gering, aber sie existiert“, sagte Fernando Simón, Chef der Notfallzentrale des Gesundheitsministeriums, dem Radiosender Cadena Ser. Die Behörden riefen die Bevölkerung auf, die Ruhe zu bewahren. Sie erstellten eine Liste mit insgesamt mehr als 50 Menschen, die mit der an Ebola erkrankten Frau Kontakt hatten. Gesundheitsministerin Ana Mato rief die Direktoren der regionalen Gesundheitsämter zu einer Krisensitzung zusammen.

Die Pflegehelferin hatte sich das Virus in Madrid bei der Behandlung des Geistlichen Manuel García Viejo zugezogen, der sich in Sierra Leona mit Ebola infiziert hatte. Wie es genau zu der Infektion kam, war zunächst nicht bekannt. **dpa**